

Zwischen Neuanfang und Notbehelf: Die Wiedergründung der Israelitischen Kultusgemeinde in München nach der Katastrophe

Festrede von Prof. Dr. Philipp Lenhard, Ludwig-Maximilians-Universität München

Sehr geehrte Frau Präsidentin Dr. Knobloch,

sehr geehrter Herr Präsident Dr. Schuster,

sehr geehrte Mitglieder der Israelitischen Kultusgemeinde,

sehr geehrte Damen und Herren,

es ist mir eine große Ehre, die Festrede zu diesem ganz besonderen Anlass halten zu dürfen. Am 15. Juli 1945, vor exakt achtzig Jahren, wurde die Israelitische Kultusgemeinde München wieder gegründet. Und ja, diese achtzig Jahre sind trotz aller Rückschläge insgesamt eine Erfolgsgeschichte. Ich möchte im Folgenden in aller Kürze einige Schlaglichter auf diese Geschichte werfen, ohne sie hier in ihrer ganzen Komplexität darstellen zu können.

Dass wir einmal diesen Jahrestag feiern würden, hätte wohl anfangs kaum jemand geglaubt. Als die amerikanischen Truppen bei Kriegsende München erreichten, fanden sie lediglich 84 Jüdinnen und Juden vor, die im Versteck hatten überleben können. Auch diejenigen, die lange Zeit durch ihre nichtjüdischen Ehepartner oder Elternteile einen prekären Schutzstatus gehabt hatten, waren kurz vor Kriegsende noch deportiert worden. Am 23. Juni, nur drei Wochen vor der Gemeindegründung, kehrten 150 ehemalige Münchner Jüdinnen und Juden mit einem Transport aus Theresienstadt in ihre Heimatstadt zurück, darunter die Schriftstellerin Gerty Spies. In den nächsten Monaten folgten weitere Rückkehrer nach und im März 1946 lebten fast 800 Personen in München, die schon vor 1933 der einst fast 10.000 Mitglieder umfassenden Kultusgemeinde angehört hatten. Von der Gemeinde, deren 1938 zerstörte Hauptsynagoge die Stadtsilhouette geschmückt hatte, war nur noch ein Bruchteil übriggeblieben.

Dennoch gab es jene, die sich umgehend dafür einsetzten, das jüdische Leben in München wieder aufzubauen. Der erste Vizepräsident Fritz Neuland, der nach schwerer Zwangsarbeit kurz vor Kriegsende bei Freunden hatte untertauchen können, machte sich nun mit voller Überzeugung daran, in der einstigen „Hauptstadt der Bewegung“ bei der Wiedergründung der jüdischen Gemeinde mitzuwirken. Für Neuland und andere Münchner Juden war es wichtig, trotz des tiefen Einschnitts, den der Nationalsozialismus für ihr Leben bedeutet hatte, an die

Zeit vor 1933 anzuknüpfen. Der Kinderarzt Julius Spanier, der gemeinsam mit Neuland und einigen anderen die IKG gründete und ihr erster Vorsitzender wurde, betonte in einer Eingabe an die amerikanischen Behörden vom 22. August 1945, dass es sich nicht etwa um eine *Neu-*, sondern um eine *Wiedergründung* handele. „Die neu aufgezogene Kultusgemeinde“, so heißt es da, „vertritt, wie früher, die orthodoxe Richtung“. Die liberalen und neologischen „Abspaltungen“ hätten sich, schreibt Spanier, „infolge der gemeinsamen Not und Bedrängnis nicht mehr geltend gemacht.“

Das war eine erstaunliche Formulierung, denn das liberale Judentum hatte vor 1933 den Hauptstrom des Münchner Judentums gebildet. Die 1887 fertiggestellte ehemalige Hauptsynagoge in der Herzog-Max-Straße hatte eine Orgel in den Gottesdienst eingeführt, was die konservativeren Gemeindemitglieder kurz darauf zur Gründung der orthodoxen Ohel Jakob-Synagoge in der Herzog-Rudolf-Straße veranlasst hatte. Hier gab es weder eine Orgel noch ein reformiertes Gebetbuch.

Im Hinblick auf den Ritus knüpfte die wiedergegründete IKG an diese Traditionen an, doch die Gemeindeführung selbst fühlte sich mehrheitlich dem liberalen deutschen Judentum der Vorkriegszeit verbunden. Allerdings müssen wir uns vor Augen führen, dass die deutschen Juden im Verhältnis zu den bis zu 120.000 osteuropäischen Jüdinnen und Juden, die zwischen 1945 und 1951 zeitweise im Großraum München lebten, nur eine Minderheit darstellten. Die jüdischen Displaced Persons aus Osteuropa bezeichneten sich selbst als *she'erit ha-plejta*, den „geretteten Rest“. Viele von ihnen waren bei Kriegsende von der SS auf sogenannten „Todesmärschen“ aus den eiligst „evakuierten“ Vernichtungslagern ins Reichsinnere getrieben worden, vor allem in den süddeutschen Raum, und dort von den Alliierten befreit worden; andere waren vor der Wehrmacht ins Innere der Sowjetunion geflohen oder wurden direkt in den Lagern befreit. Als sie nach dem Krieg in ihre Heimatorte in Polen, Litauen oder der Ukraine zurückkehrten, mussten sie feststellen, dass nun andere in ihren Häusern wohnten und die lokale Bevölkerung ihnen mit Antisemitismus entgegentrat. Das Pogrom von Kielce 1946, bei dem über 40 Menschen ermordet und weitere 80 verletzt wurden, ist nur das bekannteste Ereignis aus dieser Zeit. Auch an anderen Orten wurden die Rückkehrer mit Gewalt und Hass konfrontiert. Erneut mussten sie fliehen. Das Ziel waren die USA oder Kanada, vor allem aber Erez Jisrael, das damals noch britische Mandatsgebiet Palästina. Da die Briten die jüdische Einwanderung nach Palästina stark beschränkten und auch die Emigration nach Nordamerika noch streng reguliert war, machten sich zehntausende

Überlebende in die amerikanische und britische Besatzungszone auf, wo sie bis zur eigentlich geplanten Auswanderung Unterstützung von den Hilfsorganisationen erhielten.

Da viele dieser Organisationen in München ihren Hauptsitz hatten, zahlreiche Todesmärsche in Bayern endeten und zudem das erst spät befreite KZ Dachau ganz in der Nähe war, wurde München neben Frankfurt zum wichtigsten Sammelpunkt der jüdischen DPs. Fast alle von ihnen sahen den Aufenthalt in Deutschland als temporär an und wollten das Land der Täter so schnell wie möglich verlassen. Deshalb lehnten sie es anfangs strikt ab, der IKG beizutreten, und versuchten, ihre eigenen, in den Camps und um die Möhlstraße herum aufgebauten Strukturen zu bewahren, bis die Emigration diese überflüssig machen würde.

Unter den deutschen Juden wiederum gab es nicht wenige, die schon in der Weimarer Zeit kulturelle Vorbehalte gegenüber „Ostjuden“ gepflegt hatten und nun alles daransetzten, in der Gemeinde die Kontrolle zu bewahren. Für Julius Spanier beispielsweise war es anfangs vollkommen klar, dass nur jene, die schon vor 1933 Mitglied der Gemeinde gewesen waren, in die neue IKG aufgenommen werden könnten. Doch obwohl die Spannungen zwischen beiden Gruppen noch sehr lange anhielten, stellten Juden aus Osteuropa schon bald die große Mehrheit der Gemeinde, was auch Auswirkungen auf deren religiöse Ausrichtung hatte. Das Judentum, das viele Überlebende aus Osteuropa kannten, unterschied sich nicht nur stark vom liberalen deutschen Judentum, sondern auch von der Tradition der orthodoxen Münchner Vorkriegsgemeinde. Sie brachten ihre eigenen Erwartungen an einen „richtigen“ Gottesdienst mit, die oft auch von Kindheitserinnerungen geprägt waren.

Die IKG versuchte, die osteuropäisch-orthodoxe Ausrichtung im Rahmen einer einst liberalen Institution fortzuführen. Diese Aufgabe oblag nicht zuletzt dem ersten Rabbiner Aaron Ohrenstein. Er stammte aus dem galizischen Tarnopol und war am Jüdisch-Theologischen Seminar in Breslau ausgebildet worden, hatte aber bis zur sogenannten „Polen-Aktion“ 1938 in Berlin als Rabbiner gewirkt. Nach dem Krieg trat er häufig zusammen mit seinem wichtigsten Förderer Philipp Auerbach auf, der als Bayerischer Staatskommissar für die Entschädigungs- und Wiedergutmachungsfragen der NS-Verfolgten zuständig war. Auerbach war zweifellos einer der wichtigsten jüdischen Funktionäre der Nachkriegsgeschichte und engagierte sich auch von Anfang an in der IKG. Auch auf sein Betreiben hin wurde Ohrenstein, der als Displaced Person nach München gekommen war, im November 1945 zum Oberrabbiner ernannt. Zwei Jahre später übernahm er mit der Gründung des Landesverbandes auch den Posten des Bayerischen Landesrabbiners. Er verband den kulturellen Habitus des deutschen Judentums mit einem osteuropäischen Hintergrund und repräsentierte damit in

mancher Hinsicht auch die fragile Einheit innerhalb der IKG. Dass 1947 ausgerechnet die noch in der Weimarer Zeit von osteuropäischen Juden gegründete Synagoge in der Reichenbachstraße zur Hauptsynagoge wurde, schließt gewissermaßen den Kreis: Die IKG war eine Einheitsgemeinde, die für *alle* Münchner Jüdinnen und Juden da sein sollte.

Einer von ihnen war Moses Lustig, der ursprünglich aus der Nähe von Krakau stammte und vor dem Zweiten Weltkrieg mehr als zehn Jahre lang als Journalist für eine polnische Zeitung gearbeitet hatte. Seine Familie war fast sämtlich in Majdanek und Auschwitz ermordet worden, er selbst hatte bis zur Befreiung im April 1945 Zwangsarbeit leisten müssen. Als er nach Kriegsende in seinen Heimatort zurückkehrte, wurde er mit dem dortigen Antisemitismus konfrontiert und floh erneut – dieses Mal in die amerikanische Besatzungszone, die als Durchgangsstation auf dem Weg nach Erez Jisrael fungieren sollte. Im August 1945 kam er in München an. Hier nahm er an der nur kurzzeitig existierenden UNRRA-Universität ein Studium der Volkswirtschaftslehre auf und beteiligte sich an verschiedenen jiddischen DP-Zeitungen. Je länger er blieb, desto mehr sah er seine Aufgabe darin, sich für die jüdische Gemeinschaft in Deutschland einzusetzen. 1951 gründete er die deutschsprachigen *Münchener Jüdischen Nachrichten* und gab sie bis zu seinem Tod 1976 heraus. Er tat das anfangs nicht, weil er für sich und andere osteuropäische Juden in München eine Zukunft gesehen hätte, sondern schlicht, weil die Situation es erforderte. Schließlich, so Lustig, gebe es konkrete Probleme, die gelöst werden müssten, nicht zuletzt die materiellen Nöte und die körperlichen wie seelischen Leiden derer, die geblieben waren. Lustig verstand die Zeitung, die diese Probleme offen ansprach und zugleich als Vermittlerin zwischen jüdischer Gemeinde und deutscher Öffentlichkeit fungierte, explizit als Notbehelf. „Unsere Aufgabe hier in Deutschland [ist es]“, schrieb er am 30. Dezember 1951, die sich in Deutschland noch aufhaltenden „20.000 Juden, von denen der größere Teil sich mit gepackten Koffern zur Auswanderung bereithält“, nach Israel zu bringen. „Mit dem letzten Auswanderer“, so Lustig, „werden dann alle unsere Qualen hinter uns liegen und wir dürfen wohl mit großer Hoffnung und Zufriedenheit annehmen, dass eine neue Zukunft und eine neue Heimat für unsere Kinder und Kindeskinde erstehen wird [...]“

Doch auch wenn anfangs nur sehr wenige DPs planten, sich tatsächlich langfristig ein neues Leben in Deutschland aufzubauen, blieben etwa 2.000 von ihnen in München zurück, oft aufgrund widriger Umstände. Mit der Gründung der Bundesrepublik und der Auflösung der Camps – als letztes wurde 1957 das Lager in Föhrenwald geschlossen – verließen auch die Hilfsorganisationen Deutschland und die DP-Strukturen wurden aufgelöst. Viele inzwischen

sesshaft gewordene ehemalige DPs, die seit 1951 den Rechtsstatus des „heimatlosen Ausländers“ hatten, wurden Mitglieder der ursprünglich deutsch-jüdisch geprägten IKG, und diese wurde zur einzigen repräsentativen Organisation in München. Die Gemeindeführung setzte sich nun paritätisch aus je zehn deutschen und je zehn osteuropäischen Juden zusammen. Neben den deutschsprachigen *Münchner Jüdischen Nachrichten* gaben die Gebrüder Garfinkiel von 1950 bis 1974 die jiddischsprachige *Naye Yidishe Tsaytung* heraus – eine Besonderheit Münchens, die die Bedeutung der jiddischen Sprache für die Geschichte der IKG zeigt.

Nachdem die 1950er Jahre noch stark durch Konflikte geprägt waren, nicht zuletzt durch den Gerichtsprozess gegen den zu Unrecht wegen Unterschlagung, Veruntreuung und Erpressung angeklagten Philipp Auerbach, der sich daraufhin 1952 das Leben nahm, stabilisierte sich die Situation in den 1960er Jahren. Besonders die Bedrohung Israels vor dem Sechstagekrieg verstärkte die Einigungstendenzen und sorgte für eine gruppenübergreifende Solidarität. Am 1. Juni 1967 organisierte das sogenannte „Sonderkomitee der jüdischen Bürger Münchens“ eine Solidaritätskundgebung für Israel in der Reichenbachsynagoge, an der etwa 1.500 Personen teilnahmen – zu diesem Zeitpunkt mehr als ein Drittel der Gemeindeglieder.

Einen tiefen Einschnitt in der Nachkriegsgeschichte markierte sicherlich der Terrorismus der 1970er Jahre. Am 13. Februar 1970 wurde der bis heute nicht aufgeklärte Brandanschlag auf das jüdische Altenheim in der Reichenbachstraße verübt, dem sieben Bewohner zum Opfer fielen. Der Anschlag war ein Schock und versetzte nicht nur die Münchner Juden in Angst und Schrecken. Doch es folgten weitere Attacken. Im September 1972 verwandelten arabische Terroristen die eigentlich als besonders „fröhlich“ geplanten Olympischen Sommerspiele in einen grausamen Gewaltexzess, als sie in das Olympische Dorf eindrangen, Geiseln nahmen und elf israelische Sportler töteten.

All das rief bei vielen Münchner Juden die Frage hervor, ob es vielleicht doch ein Fehler gewesen war, hiergeblieben zu sein. Auf der anderen Seite war das jüdische Leben in München nun schon seit langem kein „Notbehelf“ mehr, sondern fest etabliert. Die in den ersten Nachkriegsjahren geborenen Kinder waren zur Zeit der Olympischen Spiele bereits erwachsen und standen im Berufsleben, auch wenn der Gemeindevorstand weiterhin von der Vorkriegsgeneration geprägt blieb. Auf Fritz Neuland, der mit einer Unterbrechung von 1962 bis 1969 Präsident gewesen war, folgte zwar kurzzeitig der 1917 in Wien geborene Maximilian Tauchner, aber schon 1970 sollte der aus München stammende Hans Lamm für fünfzehn Jahre das Amt übernehmen. Er war 1945 aus der amerikanischen Emigration

zurückgekehrt und lebte seit 1955 wieder dauerhaft in Deutschland. Er sollte die Münchner Gemeinde in dieser Zeit prägen wie kaum ein zweiter. Nicht zuletzt die Verbesserung der jüdisch-christlichen Beziehungen lag ihm am Herzen. Lamm schaute nach vorne, in die Zukunft, und suchte eine verstärkte Integration der IKG in die Münchner Stadtgesellschaft.

Als Charlotte Knobloch nach seinem Tod zur 1985 neuen Präsidentin der IKG gewählt wurde, setzte sie seinen Weg fort. Nicht ahnen konnte sie damals, dass nur wenige Jahre später die Sowjetunion kollabieren und ganz neue Herausforderungen für das jüdische Leben in Deutschland heraufziehen würden: Die kleine, etwa 4.000 Mitglieder umfassende Münchner Gemeinde wurde nun mit dem Zuzug tausender sogenannter „Kontingentflüchtlinge“ aus der ehemaligen Sowjetunion konfrontiert, die oftmals aufgrund der repressiven kommunistischen Religionspolitik nur eine sehr lose Beziehung zum Judentum hatten. Sie in die Gemeinde zu integrieren, bedeutete somit, sich auch für ihre Erfahrungen zu öffnen. Mit Erfolg: Die Gemeinde verdoppelte sich binnen zehn Jahren, und 2007, als das neue Gemeindezentrum am Jakobsplatz eröffnet wurde, hatte die IKG wieder fast 10.000 Mitglieder – in etwa so viele wie 1933. Mit der neuen Hauptsynagoge kehrte die Gemeinde wieder ins Zentrum der Stadt zurück – ein sichtbares Zeichen für die Integration in die Münchner Stadtgesellschaft. Im Rückblick erweist sich damit die Wiedergründung der IKG als Voraussetzung dafür, dass Jüdinnen und Juden, aber auch das Judentum als Religion und Kultur, wieder ein selbstverständlicher Teil Münchens geworden sind. Auch die 1995 gegründete liberale Gemeinde Beth Shalom trägt zur Vielfalt jüdischen Lebens in München bei.

Ich muss Ihnen nicht sagen, dass es auch eine andere Seite gibt, die weniger hoffnungsfroh stimmt. Der zunehmende Antisemitismus, noch einmal verschärft nach dem 7. Oktober, bedroht die jüdische Existenz in Deutschland. Und doch möchte ich – zumindest an diesem besonderen Tag – nicht mit dem Blick auf das Negative enden, sondern noch einmal in Erinnerung rufen, dass die Geschichte der IKG nach der Shoah zwar wie ein Wunder aussieht, aber keines ist: Tausende Menschen haben dieses große Glück mit viel Kraft, Engagement und Leidenschaft selbst vollbracht. Und dafür sagen wir heute: Danke!